haben, die Interessen des Proletariats zu vertreten, hinter [illegible] Worten die Einheit sabotieren, in allen entscheidenden Stunden mit dem Feind paktieren. Die „linken" SPD-Führer sind die gefährlichsten „Freunde" des Volkes.

Aber Volkssturm gegen Faschismus, Organisierung der Volksrevolution, das heißt auch Bündnis des Proletariats mit den Millionen darbender Kleinbauern und Mittelständler, ihre Einfügung in die revolutionäre Klassenfront, ideologisches Ringen um die irregeführten Nachläufer des Faschismus. Der Kleinbauer, der Mittelständler, der Angestellte und Beamte, Opfer der großkapitalistischen Räuber, darf nicht länger im Lager seiner Feinde stehen, er muß gewonnen werden für uns.

Der Terror der braunen Mordpest muß gebrochen werden. Die Geduld der Arbeiter ist zu Ende. Die Organisierung einer stahlharten Armee des wahrhaften Massenkampfes ist zum Gebot der Stunde geworden. Mächtige Entfaltung des Kampfbundes als breiteste, überparteiliche Massenorganisation, Betriebswehren, Erwerbslosenstaffeln, Schutz der Demonstrationen und Veranstaltungen der Werktätigen, Maßnahmen, deren Durchführungen nicht mehr hinausgezögert werden dürfen.

Die mächtigste und tödlichste Waffe gegen die faschistische Diktatur in der gegenwärtigen Situation ist der politische Massenstreik. Seine Bedingung, der Ausbau der Betriebe zu Festungen der Revolution! Schließlich: der Kampf gegen Faschismus, Organisierung der Streikbewegung um Lohn und Brot und gegen Steuerraub, wehrhafter Kampf gegen den faschistischen Mordterror, Rüstung zum politischen Massenstreik, Aufrüttelung des ganzen arbeitenden Volkes durch Streiks, Demonstrationen, Solidaritätsbewegungen, ungeachtet der Unterdrückungsmaßnahmen des Klassenfeindes, erfordert höhere Formen der Organisation. Das politische Delegiertensystem, die von den Delegierten gewählten Aktionsausschüsse in Stadt und Land, sind Fragen, deren konkrete Durchführung zum wichtigsten Diskussionsgegenstand des Kampfkongresses gehören.

*

Niemals mehr als jetzt in der Stunde stolzer, sich entwickelnder Klassenkämpfe, der maßlosesten Ausbeutung und blutigen Unterdrückung der arbeitenden Massen ist es notwendig, den Blick der Werktätigen nach Osten zu richten, zum befreiten Lande der russischen Arbeiter und Bauern. Keine Erwerbslosen mehr, Entstehung neuer Riesengiganten, Aufbau in Stadt und Land; keine Knechtung und keinen Landraub an den Bauern, sondern Aufstieg und wachsender Wohlstand im Rahmen des Kollektivs; keine Katastrophenpolitik, sondern stürmisches Wachstum aller materiellen und kulturellen Kräfte der Nation; keine Youngtribute, sondern eine wehrhafte Macht, die den imperialistischen Räubern Furcht einflößt. Warum? Weil die Fabriken, Bergwerke, der Grund und Boden in die Hände des Volkes überführt wurden, weil die Waffen in den Händen des Proletariats sind, weil die Volksrevolution in den roten Oktobertagen 1917 für immer darüber entschied, das „dritte Reich" der faschistischen Blutordnung nicht auf der Erde, sondern unter der Erde zu „errichten".

*

Wir entbieten namens der Kommunistischen Partei den Delegierten des Kampfkongresses heiße, brüderliche Grüße. Dort, wo Ausgebeutete zusammen sind, wo die Einheit des Proletariats geschmiedet wird, ist auch der Platz der Kommunistischen Partei und kommunistischen Presse. Mögen die Erwartungen hunderttausender Werktätiger Sachsens, die sich an den Kongreß gegen den Faschismus knüpfen, in Erfüllung gehen; möge von ihm ausgehen eine Lawine breitester Massenbewegung, geformt zur stählernen Einheit und zum organisierten Kampf.

Massensturm durchs Land! Nieder der Faschismus! Es lebe die Volksrevolution!

Holzarbeiterstreik in Württemberg

Stuttgart, 24. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

In den Hauptorten der württembergischen Holzindustrie sind die Holzarbeiter gegen den beabsichtigten Lohnraub von 8 Prozent in den Streik getreten. Die Unternehmer wollten den Lohnraub sofort vornehmen. Im März sollte ein weiterer Lohnraub von 7 Prozent folgen.

Welle der Arbeitskämpfe

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Eine gestern tagende Betriebsversammlung der Eisengießerei Wehr in Berlin-Weißensee beschloß einstimmig, gegen den beabsichtigten Lohnraub von 8 Prozent in den Streik einzutreten. Die Belegschaft legte darauf unter Führung des Roten Metallarbeiterverbandes die Arbeit nieder.

*

Die Gewerkschaftsbürokratie hat dem Schiedsspruch für die Reichs- und Staatsangestellten Deutschlands, der die Hungergehälter ab 1. Februar um 5 Prozent kürzt, ihre Zustimmung gegeben und die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Katastrophaler Niedergang der deutschen Maschinenindustrie

Produktion um 50 Prozent gesunken — Belegschaftszahl um 50 Prozent — 75 Prozent aller Arbeiter Kurzarbeiter

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten gibt einen Rückblick über die Lage der Maschinenindustrie im Jahre 1930. Nach dem Bericht sind die Inlandsaufträge im Jahre 1930 um 37 Prozent gegenüber 1929 und um volle 50 Prozent gegenüber 1927 gesunken. Geringer war der Rückgang an Auslandsaufträgen, der gegenüber 1929 etwa 15 Prozent betrug. Erheblich ist jedoch die Einschränkung der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter. Während im Jahre 1929 der Beschäftigungsgrad noch durchschnittlich 60 Prozent betrug, ging er im Jahre 1930 auf 42 Prozent zurück. Zugleich sank die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 48½ Stunden im Jahre 1929 auf weniger als 42 Stunden im Dezember 1930. Mehr als 75 Prozent aller jetzt noch in der Maschinenindustrie beschäftigten Arbeiter stehen in Kurzarbeit. So weit der Bericht über die Lage der Industrie und über die Lage der Arbeiter.

Natürlich wird die Durchführung des Lohnraubes und die verstärkte Ausbeutung der Arbeiter verschwiegen. Immerhin haben die wenigen genannten Zahlen einen ungefähren Anhaltspunkt für die gesteigerte Ausbeutung und den Lohnraub der Arbeiter, die noch „das Glück" haben, im Betrieb zu arbeiten.

Während die Produktion auf 50 Prozent sank, ging die Belegschaft auf 42 Prozent zurück, und die Arbeitszeit wurde um 6½ Stunden im Durchschnitt gekürzt. Mit anderen Worten: Die 42 Prozent der Arbeiter leisten in einer kürzeren Arbeitszeit [illegible] mehr als die Arbeiter der Maschinenfabriken im Jahre 1927, wo die Fabriken relativ voll beschäftigt waren. Die Leistungssteigerung dürfte im Durchschnitt 20 Prozent [illegible] der Produktion, gemessen nur an der Kurzarbeit, etwa 18 Prozent [illegible] jedoch bedeutend mehr, über 30 Prozent.

Eure Waffe im Kampf gegen Faschismus!

Politischer Massenstreik bricht Raubgesetze der Danziger Diktaturregierung

Zurückziehung der Krankenkassennotverordnung erzwungen / Gehaltsraub verhindert

Danzig, 24. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Stadt Danzig stand am Donnerstag abermals im Zeichen des politischen Massenstreiks, der von der KPD und RGO gegen die Durchpeitschung des Ermächtigungsgesetzes im Danziger Volkstag organisiert worden war. Entgegen der Lügenmeldungen der bürgerlichen Presse erfaßte der eintägige Massenstreik nicht nur die große Mehrheit der Hafenarbeiter, sondern auch bedeutende Teile der Werftarbeiterschaft.

Die Arbeitsruhe im Hafen war nahezu vollständig.

Der politische Massenstreik wurde von mächtigen Demonstrationen begleitet, die bereits am frühen Morgen einsetzten. Mittags bildeten sich zwei „verbotene" Demonstrationszüge durch die Stadt. Am späten Nachmittag drangen weitere starke Demonstrationszüge aus den Vororten in das Zentrum der Stadt ein.

Die Massen beherrschten die Straßen.

Auch in Zoppot und auf dem Lande kam es zu imposanten Demonstrationen. Die Nazis traten zur Unterstützung des Polizeiterrors als bewaffnete Hilfstruppe gegen die Arbeiter auf. Unter dem gewaltigen Eindruck der Demonstrationen und der Massenstreikaktionen sah sich der Senat gezwungen, die

Krankenkassen-Notverordnung mit den Sondergebühren zurückzuziehen.

Auch die SPD sah sich veranlaßt, unter dem Druck des Massenprotestes zu manövrieren, indem sie gemeinsam mit der KPD entgegen ihrer früheren Absicht gegen die Herabsetzung der Bezüge für die unteren Beamten stimmte. Nachdem das Gehaltkürzungsgesetz gefallen war, brachte der Senat Ergänzungen zum Ermächtigungsgesetz ein, durch die die Beamtengehälter mit einer Steuer (!) belegt wurden. Das Ermächtigungsgesetz, mit dem eine Reihe Hungerverordnungen verbunden sind (Abbau der Sozialfürsorge, Beamtensteuer von 8 Prozent) wurde darauf unter stürmischem Protest der Kommunisten mit einfacher Mehrheit angenommen. Wiederholt mußte die Volkstagssitzung unterbrochen werden. Obwohl der kommunistischen Fraktion das Wort verweigert wurde, sprachen ein Vertreter der Hafenarbeiter und ein kommunistischer Abgeordneter und brandmarkten unter stürmischem Beifall der Tribünenbesucher die Hungermaßnahmen des Senats. Der sozialdemokratische Volkspräsident ließ darauf Kriminalpolizei und Schupo herbeirufen, die die kommunistischen Abgeordneten mit Gewalt aus dem Sitzungssaal schleiften.

Niethammerproleten fordern Kampffortsetzung

Die Arbeiterschaft der Firma Niethammer, der großen Papierfabrik, lehnte den Schiedsspruch mit übergroßer Mehrheit ab. Von der 900 Mann starken Belegschaft haben abgestimmt: in der Fabrik Kriebenau 77 für Ablehnung, 6 für Annahme, in der Fabrik Kriebetal 263 für Ablehnung, 22 für Annahme, in der Fabrik Kriebstein 327 für Ablehnung, 32 für Annahme. 12 Stimmen waren ungültig. Insgesamt haben 667 für Ablehnung und 60 für Annahme gestimmt.

Die RGO hat am Tage der Abstimmung Kundgebungen vor den Betrieben durchgeführt und fordert die Belegschaft zur sofortigen Arbeitsniederlegung auf.

Alarmierende Rede des Hungerkanzlers Brüning in Chemnitz

„Systemwechsel" nach italienischem Muster / Mussolini als Vorbild

Chemnitz, 24. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Reichskanzler Brüning, der von der Chemnitzer Arbeiterschaft mit gewaltigen Protestdemonstrationen empfangen wurde, hielt gestern vor der sächsischen Industrie eine ausführliche Rede, in der er seine Politik begründete und sich dabei mit folgenden Worten zu der Diktatur-Politik Mussolinis bekannte: „Auf meiner Reise nach Chemnitz habe ich den stenographischen Wortlaut der letzten Finanz- und Wirtschaftsrede Mussolinis gelesen, und ich habe dabei mit einer gewissen Befriedigung festgestellt, daß die Maßnahmen, die Italien ergreift, in sehr starkem Maße den unsrigen ähneln.

Mussolini hat Deutschland sich selbst als Vorbild hingestellt."

Ueber die Durchführung der von ihm angestrebten Mussolini-Politik führte er aus: „Kein Land hat so viel Fehler wieder gutzumachen wie Deutschland. Wenn man nachprüft, wie die Mittel des Reiches in den letzten Jahren verwandt wurden, so merkt man, daß sie oft hätten mit weniger etwas erreichen können. Das gilt auch auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge." Auf einen Zwischenruf antwortete Brüning:

„Der Systemwechsel wird jetzt in Deutschland vollzogen. Jetzt können wir nur schrittweise vorgehen. Dabei kann es ohne eine gewisse Härte nicht abgehen."

Stürmische Demonstration gegen den Hungerkanzler

Chemnitz, 24. Januar.

Der Hungerkanzler wurde bei seinem Eintreffen zur Tagung der sächsischen Lohnräuber von den Chemnitzer Arbeitermassen mit empörten Zurufen empfangen, die ihm so in die Ohren gellten, daß er sich schleunigst unter stärkster Bewachung von Polizeioffizieren verkrümelte.

„Nieder mit Brüning!", „Pfui! dem Hungerkanzler!" und andere Rufe erschollen in der Bahnhofshalle, als dieser Zentrumsminister den Bahnsteig verließ. Als er jedoch nach seiner panischen Flucht vor den Chemnitzer Arbeitern am Tagungslokal erschien, „empfingen" ihn auch hier die Proletarier, um durch ihre Empörungsrufe den Haß gegen den Kapitalistenkanzler zu demonstrieren. Berittene Polizei, Gummiknüppel, Zwitscherkasten wurden gegen die Arbeiter eingesetzt, gegen diejenigen, denen zu Nutz und Frommen der sächsischen Kapitalisten weitere Lasten abgepreßt werden sollen.

Schamlose Dokumentenfälschung!

Der „linken" SPD-Presse ist jedes Mittel recht zur Sprengung der Einheitsfront

Kein Mittel seitens der SPD-Führer wird unversucht gelassen, die Einheitsfront zu sprengen, Arbeiter gegen Arbeiter zu hetzen. Durch Unterlassung jeder Kampfmaßnahme die SPD-Arbeiter dem faschistischen Mob ausliefernd, wie die Vorgänge in Bautzen und Großenhain beweisen, hetzen sie gegen den Kampfkongreß mit den Mitteln direkter Urkundenfälschung. Die Dresdner Volkszeitung veröffentlichte gestern ein angebliches Rundschreiben des Sekretariats der KPD Sachsen, worin den Mitgliedern der KPD anempfohlen wird, einen „großen Einbruch in SPD-Mitgliederkreise" bei Vorbereitung des Kampfkongresses durchzuführen, weil „die Massen immer noch blind zu ihren Führern stehen". Bei der Wahl der sozialdemokratischen Delegierten würden diesen aus der Kasse der KPD Unkosten evtl. Verdienstausfall vergütet.

Wir erklären dieses Rundschreiben von A bis Z für gefälscht. Wir erheben gegen den verantwortlichen Redakteur des Dresdner SPD-Blättchens den Vorwurf der Dokumentenfälschung. Ohne zu verschweigen, daß wir die Einführung der SPD-Arbeiter in die Kampffront gegen den Faschismus als eine wichtige Voraussetzung für den Sieg über den Faschismus betrachten, lehnen wir es ab, zu Bestechungsmethoden Zuflucht zu nehmen, wie es innerhalb des sozialdemokratischen Führerlagers üblich ist. Die Unkostenbestreitung erfolgt durch die Arbeitermassen selbst. Deren Opfermut ist größer als der der sozialdemokratischen Minister und Organisationsbonzen, die tausende Mark im Monat beziehen, während hunderttausende sozialdemokratische Arbeiter erwerbslos sind.

In der gleichen Linie liegt ein Eingesandt des Dresdner SPD-Blattes, worin es am Vorabend des Kampfkongresses durch Schwindelmeldungen über einen „Führerstand" innerhalb der sächsischen KPD Mißtrauen der Arbeiter gegenüber der Führung säen will. Nur ein Beispiel:

[illegible]

Wir stellen fest: Im Augenblick, wo der Faschismus blutig sein Haupt erhebt, SPD-Arbeiter von Faschisten niedergeschossen werden, hat die „linke" SPD-Presse kein anderes Wort als mit den Mitteln der Dokumentenfälschung und der Lüge die proletarische Kampffront zu sprengen. Für uns ein Beweis, wie stark der Einheitswille der sozialdemokratischen Arbeitergenossen sich bereits durchgesetzt hat. Auf dem heute beginnenden Kampfkongreß wird diese Tatsache zum Ausdruck kommen, trotz aller erbärmlichen Sprengungsversuche der SPD-Führer.

Kühn-Polizei fehlt nicht im Reigen

Dresden, 24. Januar.

Auch heute erschienen Polizei und Feuerwehr, um vor den Büros der Roten Hilfe Transparente, die auf den Kampfkongreß Bezug nehmen, zu beschlagnahmen. Vor einer großen Zahl sich ansammelnder Arbeiter sprach ein Vertreter der Roten Hilfe und forderte zur Beteiligung an der morgigen Demonstration auf.

Klassenbewußtsein bricht Führerverrat

Noch ein SPD-Genosse gewählt!

Gestern abend wurde in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung der KPD in Dresden-Leuben ein junger SPD-Arbeiter einstimmig zum Kampfkongreß gewählt. Auch diese Versammlung zeichnete sich aus durch einen starken Besuch seitens der SPD-Arbeiter und vor allem der sozialdemokratischen Jugendgenossen.

Führer der Nazis ein feiger Patron

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Während Genosse Ulbricht den Nazis im Saalbau Friedrichshain eine Abfuhr erteilte, wagte es der feige Goebbels nicht, vor den Weddinger Arbeitern seine arbeiterfeindliche Politik zu vertreten. Die Pharussäle waren überfüllt, so daß auf dem Hof eine Parallelversammlung durchgeführt werden mußte. Genau so überfüllt waren auch die übrigen 5 Massenversammlungen gegen den Faschismus in Berlin.